



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
24. Oktober 1950

P/V/248

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kanzler besucht Salzgitter	S.1
Chinas begrenzte Möglichkeiten	S.3
Gedenken an Willi Grabbert	S.4
Keine isolierte ODJ	S.5
Das ist "Nationaler Widerstand"	S.6

Der Kanzler besucht Salzgitter

hi. Es ist Sonnabend nachmittag. Wir fahren die schadhafte Betonstrasse nach Watenstedt. Die Herbstsonne liegt warm und freundlich auf dem braunen Laub des Waldes. In der Ferne zieht aus zwei hohen Schornsteinen weisser Rauch schräg in den blauen Himmel. Unversehens taucht am Waldrand ein Grab auf. Wir halten. Einpaar Blumen, ein Feldstein mit einer Inschrift - "Den Toten zur Ehr" heisst die erste Zeile - und ein Stahlhelm über einem Holzkreuz. Erich Müller steht darauf, geboren 1922, gefallen 9.4.1945.

Wir fahren weiter. Ratternde Autobusse mit Arbeitern und ihren Familien kommen uns entgegen. Einen Einzelgänger fragen wir, wo der Bundeskanzler empfangen werde. Er weisse es nicht. Die Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter weiss nichts davon, dass der Bundeskanzler kommt. Nach einigen Kilometern treffen wir eine Polizeistreife mit Hund, die erste. Nun wissen wir, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Hundert Meter weiter die nächste. Und so weiter. Schliesslich: vier Überfallwagen voll blauer Uniformen, Tschakos, Sturmriemen, an jeder Ecke fünf Posten, Absperrung, Auffahrt, ein Gasthaus.

Es ist viertel nach drei. In einem Raum eine Kaffeetafel, vielleicht 30 Männer, die auf den Kanzler warten: Direktoren der ehemaligen Reichswerke, Abgeordnete, Vertreter der Kirche, der Stadt, Polizei-offiziere. Sie warten. Bei Wiederaufrüstungsgesprächen. Draussen fahren Polizisten mit Autos und Motorrädern umher. KP-Leute sollen da sein. Am Rande der Strasse stehen vielleicht 100 bis 150 Menschen, zumeist Kinder, vor ihnen fast ebenso viel Uniformierte. Man wartet. Es ist inzwischen vier. Das kleine Mädchen am Eingang friert. Aber es muss ja mit den rosa Chry-

santhemen bereitstehen.

Ein dutzend Wagen parken auf dem Grünplatz vor dem Hause. Die Fahrer sitzen zusammen in einem Mercedes. Das eingebaute Radio spielt "Annchen von Tharau, mein Heil und mein Gut". Einer erzählt: In Goslar stehen alle fünf Meter ein Polizist.

Es ist halb fünf. Zehn Minuten später kommen weissbehelmete Kradfahrer, ein offener Polizei-Volkswagen, ein Horch, ein grosser Mercedes, eine Kolonne. An der Strasse stehen vielleicht noch 50 Menschen. Niemand sagt etwas. Dann Türemschlagen, Aussteigen, Knicks mit Blumen, kurze Pause an der Garderobe. Er kommt, nimmt Platz. Am Fenster, in der Höhe seines Gesichtes, fasst draussen ein Polizist Posten. Ein paar Begrüssungsworte. Ein Manuskript über die Notlage von Stadt und Bevölkerung wird abgelesen. Adenauer steht auf, spricht ein paar Sätze. Watenstedt wäre nicht für die Ruhr geopfert. Die Anwesenden wissen fast alle, dass das doch der Fall ist. Zum Schluss: Hoffnung nicht verlieren, Mut haben, es gibt noch Schlimmeres; Watenstedt wird eine Zukunft haben. Mageres Klatschen. Schweinsöhrchen werden gereicht, Tee eingeschenkt. Nach einem Rundum-Shakehands und nach genau 38 Minuten fährt er wieder ab. Polizisten vorn, hinten, rechts, links und in Bereitschaft. (Als ich das letzte Mal ein Polizeiaufgebot sah, geschah es bei der Uraufführung eines Filmes, um die Schauspielerinnen Maria Schnell vor der Begeisterung des Publikums zu schützen). Im Saal bestellt sich jemand einen Doornkaat.

Der Bundeskanzler hat Watenstedt-Salzgitter besucht, westdeutsches Notstandsgebiet Nummer eins. Wir fahren zurück. An den Schutthalden vorbei, an den Baracken, an trostlosen Menschengesichtern. Und an Polizisten. Rechts im Walde liegt das Grab von Erich Müller. Die zweite Zeile im Grabstein heisst: "Den Lebenden zur Mahnung".

- - -

Berichtigung:

In unserem Artikel "Als Finnland überfallen wurde" in der Ausgabe vom 23.10. befindet sich ein bedauerliches Versehen. Selbstverständlich muss es am Ende des zweiten Absatzes heissen: "Die Russen sollten ferner Hogland befestigen dürfen".

D.Red.

Chinas begrenzte Möglichkeiten

A. J. "Tibet und Formosa wollen wir haben!" sagte Ministerpräsident und Aussenminister Tschu En Lai in seinem grossen Rechenschaftsbericht anlässlich des 1. Jahrestages der Ausrufung Chinas zur Volksrepublik. Von Indochina war nicht die Rede. Und doch sind die französischen Rückschläge in diesem Gebiet ein Beweis dafür, dass Mao Tse Tung in dieser Richtung zu seiner ersten Expansion ansetzt. Diktaturen brauchen besonders am Anfang ihrer Herrschaft Erfolge. Dass sich einer rotchinesischen Delegation zum ersten Male die Tore der UNO öffneten, war nach einjährigen Bemühungen keine reiche Ernte. Vielleicht könnte aber eine Aufnahme Rotchinas in den Sicherheitsrat seine Interessen an Rotchina dämpfen. Denn in Grunde braucht China den Frieden. Die "Volks"-Republik China steckt mitten in drei grossen Reformen: der Verwaltungs-, der Boden- und der Finanzreform. Drei bis fünf Jahre forderte Tschu En Lai für die Beseitigung des gegenwärtigen Chaos, erst dann könne die systematische Aufwärtsentwicklung beginnen.

Die Spitzengliederung in der staatlichen Organisation steht. Unter der Zentralen "Volks"-Regierung wurden gebildet: Regierungen der Grossen Verwaltungsbezirke (vergleichbar in den Gebieten in der SU) und Regierungen der Autonomen Bezirke (etwa die Sowjetrepubliken oder Autonomen Gebiete in der SU). Diese Verwaltungsgebilde sind der Peking-Zentrale unmittelbar unterstellt. In den Grossen Verwaltungsbezirken gibt es 28 und 9 "Volks"-Verwaltungen in Verwaltungsbezirken, die Provinzen entsprechen. 12 Stadt-Verwaltungen unterstehen sowohl der Zentralregierung als auch den Grossen Verwaltungsbezirken, 67 Stadtverwaltungen sind nur den Provinzen unterstellt. Die Zahl der Kreisverwaltungen beträgt 2 087. Dieser ungeheure Verwaltungsapparat in der für die kommunistische Bürokratie charakteristisch starken Besetzung musste aus zuverlässigen Kommunisten aufgebaut werden. Denn um die bekannte Korruption auszurotten, wurden fast alle Posten neu besetzt. Was diese unerfahrene Verwaltung leisten kann, werden die nächsten Jahre zeigen. Tschu En Lai gibt zu, dass erst wenige dieser Organe "volksgewählt" werden konnten.

Besonders die Bodenreform steht vor keiner geringen Aufgabe. 80% der chinesischen Bevölkerung sind Bauern, 300 Millionen Menschen werden von dieser Reform betroffen. Die Aufteilung der den bisherigen

Gutsbesitzern weggenommenen Ländereien - wobei mittlere und auch reiche Bauern noch unangetastet bleiben - erfolgt durch sogenannte Volksgerichte. An die Bildung von Kolchofen wird wegen der völlig unzureichenden Mechanisierungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Arbeit noch nicht gedacht. In diesem Winter soll, nachdem die Gesetze dafür geschaffen wurden, mit der Landaufteilung in einem Gebiet von rund 100 Mill. Menschen begonnen werden, vor allem im Norden und Nordosten. Propaganda und Vorbereitung der Bevölkerung laufen auf vollen Touren. Für den Kampf gegen Hungersnöte und Überschwemmungen konnten bisher ausreichende Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

Was China aber im Überfluss hat, sind Menschen. Aus diesem Reservoir kann Mao Tse Tung auch bei der eventuellen Fortführung seiner Absichten in Indochina noch geraume Zeit schöpfen. Wahrscheinlicher freilich ist, dass er dort zu schüren aufhören wird, sobald er politische Konzessionen erhält, auf die er aus ist, um auf der Basis seiner vollzogenen Anerkennung die Festigung seiner Herrschaft betreiben zu können.

Gedenken an Willi Grabbert

=====

Von Fritz Sänger

Vor noch nicht einer Woche stand er im Curio-Haus in Hamburg vor der Generalversammlung der Genossenschaft Deutscher Pressedienst und sprach über die verwickelten Finanz- und Rechtsverhältnisse, die durch Fusion, Neugründung, Umgründung und Beschluss zur Liquidation notwendig entstehen müssen. Er sprach ruhig, beinahe leise, mit wenigen Zahlen, mit einfachen Worten und in kurzen Sätzen und alles wurde klar, einfach, verständlich und selbstverständlich. Willi Grabberts Art war es, ohne Pathos und vernünftig zu sein, der Sache, der Aufgabe das Recht zu geben, das ihr zusteht, dem aufwallenden Gefühl aber zu widerstehen, Intrige und bösen Willen zu verachten und scharf zu bekämpfen. Er konnte sehr scharf sein und sehr sarkastisch, wenn er hintergründige Absichten erkannte.

Als er vor zwei Jahren aus dem bescheidenen Arbeitszimmer im Hamburger Pressehaus, das dem Paul Bugdahns gegenüber lag und in dem er still und fleissig, umsichtig und energisch als ein guter

Freund dem guten Freunde am Wiederaufbau des "Hamburger Echo" geholfen hatte, in das Zimmer des tödlich verunglückten Mitkämpfers hinüberwechselte und zugleich in das helle Licht der Öffentlichkeit trat, Vorsitzender des Verleger-Vereins Nord wurde, Mitglied des Vorstandes der Genossenschaft Deutscher Pressedienst, später Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft Deutsche Presse-Agentur, Mitglied des Beratenden Ausschusses für das Pressewesen in der Hansestadt Hamburg, Mitglied des Vorstandes des Nordwestdeutschen und schliesslich des Deutschen Verlegerverbandes - damals waren viele Augen voller skeptischer Neugier auf ihn gerichtet und das Fragen um ihn war häufiger als das Jasagen zu ihm.

Willi Grabbert setzte sich bald und überall fort durch, wo Können mehr gilt als der Schein. Der sachkundige, arbeitsbereite, freundliche und entschiedene Mitarbeiter, immer bereit zu humorvollen Randbemerkungen, kein einfacher Jasager, aber ein Mann besten Willens und besten Könnens, ein Sozialist alter Schule und unbeirrter Treue, ein auch in schwankender Zeit fester Charakter, erwarb sich Achtung, Anerkennung und Freundschaft der Seinen und der Gegner. Nichts Höheres kann ein Mann erbringen. Wir nehmen tief erschüttert Abschied.

Keine isolierte ODJ

Nach wie vor steht die Frage, ob die Ostdeutsche Jugend (ODJ) in die Jugendringe aufgenommen werden soll oder nicht zur Debatte. Der Hildesheimer Jugendring lehnte Anfang Oktober, um nur ein Beispiel zu nennen, zum zweiten Mal gegen nur eine Stimme den Aufnahmeantrag der ODJ ab. In anderen Orten verhält es sich ähnlich. Warum verfuhr man so? Will die einheimische Jugend nichts mit der ODJ zu tun haben?

Nach Äusserungen leitender Mitglieder der ODJ sieht diese Organisation ihre Hauptaufgabe darin, die Pflege ihrer Heimatgebräuche zu betreiben, erst danach kommt, so sagt sie, die Jugendarbeit. Eine Jugendorganisation, die diesen Namen verdient, muss aber in erster Linie praktische Jugendarbeit leisten. Die Pflege des Heimatgedankens ist durchaus nicht an den Begriff der Jugend gebunden, so wenig, wie sie ihn ausfüllen kann.

In Westdeutschland gibt es Jugendorganisationen aller Richtungen (Sozialistische Jugend, Katholische Jugend, Evangelische Jugend, Gewerkschaftsjugend usw.) Allen jungen Menschen ist also die Möglichkeit gegeben, sich in der ihnen nahestehenden Jugendorganisation zu organisieren

und keine dieser Jugendorganisationen wird bei der Aufnahme eines Mitgliedes fragen: "Bist Du Einheimischer oder Flüchtling?" Alle sehen in dem neuen Mitglied den Menschen und nicht den "Einheimischen" oder "Vertriebenen".

Sehr bezeichnend ist auch, dass sich in einigen der bestehenden Jugendorganisationen die Mitgliedschaft bis zu 50% aus Flüchtlingen zusammensetzt und dass gerade diese Mitglieder die ODJ auf das entschiedenste ablehnen. Gerade sie haben erkannt, dass der Jugend der Vertriebenen nicht mit Isolierung, sondern durch Aufnahme in den Kreis der Einheimischen gedient ist.

Das ist "Nationaler Widerstand"

sp. Es liegt uns eine interne Richtlinie für kommunistische Funktionäre und Vertrauensleute von Ende September vor, die näheren Aufschluss darüber gibt, was man sich an massgebender Stelle der SED unter der Parole des "Nationalen Widerstandes" in der Praxis vorstellt.

In dieser Mitteilung heisst es u.a.: "Überall werden Komitees der Friedensbewegung geschaffen werden. Zu gleicher Zeit werden auch überall Ausschüsse der Nationalen Front (NF) gebildet werden. Die Komitees und Ausschüsse in Westdeutschland haben den Zweck, überall Unruhe zu stiften. Die illegale Streikttätigkeit soll, wo immer es möglich ist, gefördert werden. Waffen und Munition sollen nicht mehr entladen und auch nicht mehr transportiert werden. Gegen Waffenladungen wird man durch Zusammenrottungen usw. vorgehen. Setzt nun die Abwehr gegen solche Zusammenrottungen ein (etwa durch eingesetzte Feuerwehr), so sollen die Demonstranten tätlich gegen Polizei und Feuerwehr vorgehen. Polizei und Feuerwehr werden aber nicht ausreichen, um die Demonstranten zu zerstreuen. Es wird dann ganz sicherlich westalliiertes Militär eingesetzt. Wird dieses Militär eingesetzt, so wird die Volkspolizei den bedrängten Arbeitern, die sich ja nur gegen Kriegsvorbereitungen wehren, zu Hilfe kommen. Dabei wird es vorerst wohl kaum zu Einsätzen geschlossener Formationen gegen den Westen kommen. Zuerst wird Volkspolizist nach Volkspolizist einzeln nach dem Westen gebracht, um für einen geschlossenen Einsatz Vorarbeit leisten zu können. Ist diese Vorarbeit getan, so wird es zu geschlossenen Einsätzen kommen.